

**Rede von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse zur Eröffnung der Ausstellung
„Freiheit wollen wir! - Der 17. Juni 1953 im Land Brandenburg“ in Potsdam,
Gedenkstätte „Lindenstraße 54“**

Potsdam, 12. Juni 2003

(Es gilt das gesprochene Wort)

„Kommt, Berliner, reiht Euch ein, wir wollen freie Menschen sein!“ - diese Parole liest man immer wieder, wenn in den Geschichtsbüchern vom 17. Juni 1953 die Rede ist. Auch in den TV-Spielfilmen und Dokumentationen der vergangenen Wochen war sie häufig zu sehen oder zu hören. Aber der 17. Juni 1953 fand nicht nur in Ostberlin statt. Der Ruf nach Freiheit erhob sich in der ganzen DDR, in Thüringen wie Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt - und natürlich auch in Brandenburg. Über diese regionale Dimension des Arbeiteraufstandes, der sich schnell zu einem Volksaufstand entwickelte, ist immer noch wenig bekannt - und Aufklärung dringend notwendig.

Mit dem Wissen der Deutschen um den 17. Juni 1953 steht es ohnehin nicht gut. Nach einer aktuellen Umfrage des ZDF können fast 46% der Deutschen die Frage nach den Ereignissen an diesem Tag nicht oder nur falsch beantworten. Und wenn doch richtige Erklärungen gegeben werden, dann kommt in aller Regel der Hinweis auf den Aufstand in Ostberlin. Der Flächenbrand, der sich in alle Regionen der DDR ausbreitete, ist bislang kaum bekannt. Das ist kein Ruhmesblatt - weder für die Geschichtsforschung, der seit 1990 die Quellen aus DDR und Sowjetunion zugänglich geworden sind, noch für die politische Bildungsarbeit und auch nicht für die politische Erinnerungskultur in Deutschland.

Um so erfreulicher - und wichtiger - ist es, dass sich im Rahmen eines Brandenburger Forschungsprojektes Bürgerinnen und Bürger auf die Spurensuche gemacht haben. Sie wollten es genau wissen: Wie verlief der 17. Juni 1953 in unserer Heimatregion - nicht nur in den größeren Städten Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder, sondern auch in den kleinen Ortschaften, in Teltow, Rathenow, Finsterwalde? Wie breitete sich der Aufstand aus, welche Aktionen und Organisationsformen gab es, welche Forderungen wurden gestellt und wie verlief das Eingreifen der russischen Truppen? Vor allem aber: Was geschah mit den Männern und Frauen, die am 17. Juni 1953 den Streik organisierten, die Fehler der SED-Regierung öffentlich anprangerten und mit der Forderung nach Freiheit auf die Straße gingen? Die Ergebnisse der engagierten Spurensuche sind in den Tafeln, Texten und Bilddokumenten dieser Ausstellung festgehalten. Sie enthalten manche Überraschung. Wer hätte gedacht, dass es schon Wochen vor dem 17. Juni Streiks und Arbeitsniederlegungen gegeben hat - z.B. im Mai 1953 im Ziegelwerk Zehdenick und Anfang Juni im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf? Ein anderes Detail: In Lauchhammer (Senftenberg) wurde der Streik über vier Tage bis zum 21. Juni fortgesetzt. An vielen Orten wurde die Freilassung Inhaftierter in Massenprotesten gefordert - und nicht selten auch durchgesetzt. Auch die Dimensionen des Protests sind bemerkenswert: so nahmen über 10.000 Menschen an einer Demonstration in der Stadt Brandenburg teil.

Die Forschungsergebnisse zeichnen ein vielschichtiges und aufschlussreiches Bild der Ereignisse um den 17. Juni 1953. Diese verdanken wir vor allem der akribischen Durchsicht Tausender von Stasi-Akten durch die Kuratorin dieser Ausstellung. Liebe Frau Schnell, das

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

dürfte alles andere als ein Vergnügen gewesen sein. Aber die Arbeit hat sich gelohnt. Die Ergebnisse unterstreichen, wie wichtig solche Mikrostudien zur Regional- und Lokalgeschichte sind, vor allem die Suche nach Zeitzeugen und die Dokumentation der Gespräche mit ihnen oder ihren Verwandten. Nur auf diesem Weg können die Schicksale jener mutigen Männer und Frauen dem Vergessen entrissen werden, die am 17. Juni 1953 für die Freiheit auf die Straße gegangen sind.

Die persönlichen Erinnerungen der Opfer gehen unter die Haut - gerade dann, wenn man sie hier in der „Lindenstraße 54“ in den Stasi-Zellen vom Tonband hört. Das ist nicht nur, aber insbesondere für junge Menschen eine sehr nützliche Erfahrung, um sich bewusst zu machen, wieviel Zivilcourage, Entschlossenheit und Freiheitswillen erforderlich waren, um die Streikleitung in Oranienburg oder Königswusterhausen zu übernehmen, mit der Streikglocke in der Hand durch die Straßen zu marschieren und zum Sturz des SED-Regimes aufzurufen.

Ein Schicksal, ein Opfer wenigstens soll hier näher beschrieben werden: der Arbeiter, dessen Forderung „Wir wollen Freiheit“ dieser Ausstellung den Titel gegeben hat. Er war im Potsdamer Reichsbahnausbesserungswerk beschäftigt. Am 18. Juni 1953 rief er seine Kollegen zum Streik auf, forderte freie, geheime Wahlen, die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie einen Gedenkmarsch für die Opfer des 17. Juni 1953 in Berlin. Dafür hat er einen hohen persönlichen Preis bezahlt. Der Streik dauerte nur kurze Zeit, der Trauermarsch fand nicht statt, er selbst wurde einen Tag später verhaftet.

Er stand zu seinen Überzeugungen: Im Verhör sagte er laut Protokoll der Staatssicherheit: „Jawohl, ich habe gesagt: wir wollen streiken und erklären uns mit den Arbeitern in Berlin solidarisch. Ich habe gesagt: Freiheit wollen wir.“ Vom Bezirksgericht Potsdam wurde der Arbeiter später zu einem Jahr und sechs Monaten Haft verurteilt. Sein Mut, für die Freiheit einzutreten, sollte nicht vergessen werden - von keinem von uns. Die Spurensuche in Brandenburg und diese Ausstellung rufen sein Schicksal und das vieler anderer wieder in unser Bewusstsein.

Nun gibt es immer Leute, die fragen, warum es so wichtig sei, Studien über Ereignisse durchzuführen, die 50 Jahre zurückliegen. Darüber würde man gerne den Kopf schütteln - wenn man nicht wüsste, wie viele es sind, die so reden oder denken. Nochmals zu den Ergebnissen der zitierten Umfrage. Auf die Frage, ob in Zukunft wieder mehr an den Aufstand vom 17. Juni 1953 erinnert werden soll, antworteten knapp 60% der Befragten mit Nein. Man sieht: Der Sinn des Erinnerns ist nicht jedem selbstverständlich und muss immer wieder erläutert und vermittelt werden.

Der 17. Juni 1953 ist ein herausragendes Ereignis unserer jüngeren Geschichte - nicht nur im Osten Deutschlands. Egon Bahr hat treffend von einem „Tag der gesamtdeutschen Geschichte“ gesprochen und betont: „Der kleinere, bedrängte Teil hat (damals) für das Ganze Geschichte geschrieben.“ Wenn wir fünfzig Jahre später diesen Tag - im Grunde erstmals - in Ost und West gemeinsam begehen, dann kommt es vor allem darauf an, eine gemeinsame Erinnerungskultur zu schaffen. Und zu dieser Erinnerungskultur gehört nun einmal das Wissen über die Ereignisse in den einzelnen Regionen - schon, um dem Eindruck entgegenzuwirken, alles Wichtige sei in Ostberlin geschehen. Das stimmte schon 1953 nicht - und 1989 erst recht nicht!

1953 und 1989 - für eine gemeinsame, verbindende Erinnerungskultur ist unverzichtbar, diese beiden Daten in Beziehung zu setzen. Bereits heute reden manche Jüngere so, als sei es selbstverständlich gewesen, dass im Sommer und Herbst 1989 alles gut ausgehen würde. Wer so spricht, der sollte sich mit dem 17. Juni 1953 beschäftigen und sich daran erinnern, dass

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

die Panzer 1989 immer noch bereit standen. Allerdings hatte sich Entscheidendes verändert - auch wenn es nicht alle gemerkt haben. Die SED-Führung hat nicht erkannt, dass sich inzwischen ein neues Denken entwickelt hatte. Michail Gorbatschow dachte nicht wie einige seine Generäle in überkommenen Feindbildern, sondern in friedlichen, europäischen Kategorien - und er hat sich durchgesetzt. Die Panzer blieben in den Kasernen, das SED-Regime wurde von den immer stärkeren Bürgerprotesten ausgehöhlt und geschwächt, bis es am 9.11.1989 zusammenbrach. Aber es gab Tage und Wochen, in denen die Entscheidung darüber, ob deutsche Geschichte 1989 endlich einmal gut ausgehen würde, auf des Messers Schneide stand. Das sollten wir niemals vergessen.

Und ebenso kann die Auseinandersetzung mit dem 17. Juni 1953 und seine Beziehungen zu 1989 unser Bewusstsein schärfen für den Wert von Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Zu einer politischen Kultur der Deutschen gehört vor allem die Einsicht, dass wir die Feinde der Demokratie bekämpfen müssen, ehe sie, wie 1953, die Panzer rollen lassen können. Das vor allem sollten wir gelernt haben aus dem so schrecklich verlaufenen 20. Jahrhundert: Die Feinde der Demokratie muss man bekämpfen, ehe sie die Macht in Händen halten - übrigens nicht nur bei uns, sondern überall auf unserem Globus. Auch das kann uns diese Ausstellung bewusst machen.

Allen, die bei ihrer Entstehung mitgeholfen haben, ein herzliches Wort des Dankes. Die Mühe hat sich gelohnt. Ich wünsche der Ausstellung „Freiheit wollen wir“ viele Besucherinnen und Besucher aus Brandenburg und darüber hinaus.

[Quelle: Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“, Potsdam 2003]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---